

<b>Landeshauptstadt Magdeburg</b> - Der Oberbürgermeister -		Datum 05.11.2007
Dezernat II	Amt FB 02	<b>Öffentlichkeitsstatus</b> öffentlich

I N F O R M A T I O N

**I0307/07**

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	13.11.2007	nicht öffentlich
Finanz- und Grundstücksausschuss	21.11.2007	öffentlich
Stadtrat	06.12.2007	öffentlich

Thema: Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.09.2007

**1. Gesamteinschätzung Verwaltungshaushalt**

Im 1. Halbjahr 2007 wirkte die Verfügung des Oberbürgermeisters vom 16.03.2007 zur Haushaltssperre im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt nach dem Beitritt zur kommunalaufsichtlichen Entscheidung des LVwA vom 02.02.2007. Mit dem Stadtratsbeschluss der DS 0126/07 zur Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben wurde die aufschiebende Bedingung erfüllt, so dass mit Verfügung des Oberbürgermeisters vom 11.06.2007 der Verwaltungshaushalt mit Einschränkung (Aufrechterhaltung der Budgetsperrungen aus der Verfügung zur Haushaltssperre gem. Anlage 2) und mit Verfügung vom 22.06.2007 der Vermögenshaushalt mit Einschränkung des Erwerbs beweglicher Sachen (Anlage 2) freigegeben werden konnte.

Einschätzung zum Verwaltungshaushalt:

Das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes per September ist negativ und setzt sich im Vergleich zum Vorjahr (Information I0305/06) wie folgt zusammen:

- in EUR -

	<b>30.09.2006</b>	<b>30.09.2007</b>
Anordnungssoll – Einnahmen	349.540.401,48	366.764.533,62
- Abgang alter Kassenreste	3.381.614,40	4.268.013,58
- <i>Abgang alter Haushaltseinnahmereste</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
+ <i>Globalbereinigung aus dem Vorjahr</i>	<u>4.205.000,00</u>	<u>4.205.000,00</u>
= Summe bereinigte Soll-Einnahmen	<u>350.363.787,08</u>	<u>366.701.520,04</u>
Anordnungssoll – Ausgaben	391.306.206,08	415.684.231,38
+ Anordnungssoll – Haushaltsausgabereste	0,00	39.095,71
- <i>Abgang alter Haushaltsausgabereste</i>	0,00	<i>67.156,00</i>
= Summe bereinigte Soll-Ausgaben	<u>391.306.206,08</u>	<u>415.656.171,09</u>
<b>Ergebnis:</b>	<b>-40.942.419,00</b>	<b>-48.954.651,05</b>
darin enthalten:		
Deckung v. Soll-Fehlbeträgen Vor-Vorjahr	61.982.131,02	84.239.164,65

Der Haushaltsvergleich stellt sich wie folgt dar:

- in EUR -

	<b>Haushaltsplan 2007</b>	<b>ber. Soll – Einnah- men/Ausgaben 30.09.2007</b>	<b>Erfüllung 30.09.2007</b>	<b>Vergleich Erfüllung 30.09.2006</b>
Ausgaben	425.268.700	366.701.520,04	86,2 %	75,1 %
<b>Fehlbedarf</b>	<b>537.413.600</b>	<b>415.656.171,09</b>	<b>77,3 %</b>	<b>70,7 %</b>
	<b>112.144.900</b>			

Die Erfüllung der Einnahmen mit 86,2 % zum Jahresplan 2007 beinhaltet die Jahresanordnung bei wiederkehrenden Einnahmen, wie z. B. bei Realsteuern und Mieteinnahmen, so dass vom derzeitigen Ergebnis nicht auf entsprechende Mehreinnahmen zum Jahresende geschlossen werden kann.

Die Inanspruchnahme der Ausgaben mit 77,3 % der geplanten Ausgaben ist unter Berücksichtigung der vorläufigen Haushaltsführung mit ihren Einschränkungen als vertretbar einzustufen.

Die höhere Deckung des Soll-Fehlbetrages (2005: 42,8 Mio. EUR; 2006: 86,1 Mio. EUR) im Unterabschnitt 92000 mit 84,2 Mio. EUR bildet die entscheidende Mehrausgabe im Vergleich zum Vorjahr.

## **1.1 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Gruppierungen**

### Einnahmen

Die Realsteuern weisen per 30.09.07 folgenden Erfüllungsstand aus. Die Einnahmen aus allen Steuerarten (Grupp.-Nr. 00-03) per 30.09.07 betragen 87,3 Mio. EUR (113,7 %). Die Einnahmen betragen per 30.09.2007 für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 14,5 Mio. EUR (27,5 %) und bei der Gewerbesteuer 71,5 Mio. EUR (107,0 %). Insgesamt ergeben sich zum 30.09.2007 Gesamteinnahmen von 136,2 Mio. EUR (Plan = 126,1 Mio. EUR).

Durch die noch durchzuführenden Kasseneinnahmerestebereinigung werden sich die Ergebnisse insgesamt relativieren.

Die Einnahmen aus der Umsetzung des SGB II (Grupp.-Nr. 092/093) wurden gegenwärtig mit 20,3 Mio. EUR (80,5 %) erfüllt und werden voraussichtlich in voller Planungsgröße vereinahmt. Bei der Leistungsbeteiligung für Kosten der Unterkunft zeichnen sich Mindereinnahmen in Höhe von ca. 10,0 Mio. EUR ab. Bisher wurden erst 52,3 % kassenwirksam.

Im Berichtszeitraum wurden Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten (Grupp.-Nr. 10, 11, 12) mit 86,3 % erwirtschaftet und entwickeln sich planmäßig. Die Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten und sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen (Grupp.-Nr. 13, 14, 15) betragen 124,9 %. Hier wurden im allgemeinen Grundvermögen im UA 88000 Mehreinnahmen erzielt. Eine endgültige Einschätzung für das Jahresende kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen.

Die Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes (Grupp.-Nr. 16) weisen im Berichtszeitraum einen Erfüllungsstand von 84,8 % und für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (Grupp.-Nr.17) von 100,0 % aus. Mit Mindereinnahmen aus Zinseinnahmen ist zu rech-

nen, die Höhe kann noch nicht beziffert werden, dagegen stehen aber Minderausgaben für Zinsen.

Für Rückzahlungen von öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmen wurden bislang 1,7 Mio. EUR vereinnahmt (Grupp.-Nr. 175), davon außerplanmäßig 160.677 EUR von der GISE mbH und 1.526.631 EUR von der AQB mbH.

Die Einnahmen für die Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung (Grupp.-Nr. 191) betragen 52,3 % (Vorjahr = 42,1 %) (weitere Begründungen: **s. Pkt. 1.3 - Erläuterungen zu den Deckungskreisen - und Anlage 2**).

Die übrigen Finanzeinnahmen (Grupp.-Nr. 21,22 und 23) weisen einen Erfüllungsstand von 20,1 Mio. EUR (96,1 %) aus. Die Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen (hier: SWM GmbH) in Höhe von 12,3 Mio. EUR wurde per 30.09.2007 angewiesen.

Der Ersatz von Sozialleistungen (Grupp.-Nr. 24 - 25) wird per 30.09.2007 mit 113,3 % Erfüllung ausgewiesen.

Einnahmen aus Bußgeldern und Säumniszuschlägen (Grupp.-Nr. 260, 261) sowie die Verzinsung von Steuernachforderungen (Grupp. 265) betragen im Berichtszeitraum 83,5 %. Aus diesen Gruppierungen zeichnen sich keine Mehreinnahmen zum Jahresende ab.

### Ausgaben

Die Personalausgaben (Hauptgruppe 4) wurden mit 78,3 Mio. EUR (68,8 %) in Anspruch genommen (Vorjahr 69,7 %). Der Anteil des Deckungskreises DKPK4 (Verwaltung) an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes per 30.09.07 beträgt 77,1 Mio. EUR (18,5 %). Die Bildung des Haushaltsansatzes 2007 im DKPK4 berücksichtigte die Tarifierhöhung der Entgelte ab 01.07.2007 um 1,5 % (Ost-West-Anpassung). Die Abrechnung des Projektes SPE hat im Jahr 2007 das geplante Niveau eingehalten. Der Abschluss der Dienstvereinbarung zur leistungsorientierten Bezahlung nach TVöD wird einen Umfang von ca. 0,8 Mio. EUR betragen. Insgesamt werden ca. 2,5 Mio. EUR bis zum 31.12.2007 im Deckungskreis Personalkosten frei gemeldet.

Die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben (Grupp.-Nr. 50 - 66) wurden mit 51,4 Mio. EUR (69,1 %) in Anspruch genommen (Vorjahr 67,5 %). Hierin enthalten sind Ausgaben der Grupp.-Nr. 54 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen mit 78,8 % (Vorjahr 83,2 %). Für den Fachbereich 40 – Schule und Sport – wurden Nachforderungen für Bewirtschaftungskosten in Höhe von 1,4 Mio. EUR vom Eb KGm angemeldet. Dieser Mehrbedarf kann teilweise aus geplanten und zurückgestellten Bewirtschaftungskosten aus dem Unterabschnitt 88300 – Grundstücke kommunales Gebäudemanagement – gedeckt werden.

Die Leistungsbeteiligung nach SGB II (Grupp.-Nr. 69) weist eine Inanspruchnahme von 82,8 % (im Vorjahr 81,0 %) aus. Das Sozialamt schätzt zum Jahresende eine Ansatzauslastung ein (weitere Begründungen: **s. Pkt. 1.3 - Erläuterungen zu den Deckungskreisen - und Anlage 2**).

Mittel für Zuweisungen an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen (Grupp.-Nr. 715) sind bisher mit 60,5 % (Vorjahr 26,9 %) verausgabt worden. Es ist einzuschätzen, dass bis Jahresende die Zuschüsse erfahrungsgemäß ausgeschöpft werden.

Die Leistungen der Sozialhilfe (Grupp.-Nr. 73 - 79) wurden bisher mit 27,7 Mio. EUR (78,3 % - Vorjahr 79,2 %) ausgeschöpft. Für sonstige soziale Leistungen (Grupp.-Nr. 78), dazu gehören die Leistungen für die Grundsicherung, die Leistungen nach dem USG und die Leistungen zur Eingliederung von Arbeitsuchenden, sind bisher 85,5 % angeordnet worden. Der Zuschuss im DKSOZ wurde per 30.09.2007 in Höhe von 54,6 Mio. EUR mit 98,8 % erfüllt. Nach Ermittlungen des Sozialamtes zeichnet sich für den Zuschuss des Deckungskreises Soziales (DKSOZ) ein Mehrbedarf von ca. 8,2 Mio. EUR im Wesentlichen durch Mindereinnahmen ab (weitere Begründungen: s. **Pkt. 1.3 - Erläuterungen zu den Deckungskreisen - und Anlage 2**).

Für Zinsausgaben (Grupp.-Nr. 80) wurden bisher 10,9 Mio. EUR (65,1 % - Vorjahr 89,5 %) einschließlich der Zinsen für Kassenkredite gezahlt. Die Minderausgaben könnten zum Jahresende ca. 370,5 Tsd. EUR betragen.

Im III. Quartal 2007 wurde die Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt (Grupp.-Nr. 86) in Höhe von 12,6 Mio. EUR geleistet. Das entspricht einer Inanspruchnahme von 72,7 % (im Vorjahr 14,4 Mio. EUR, entspricht 100 %).

Der Soll-Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2005 in Höhe von 84,2 Mio. EUR wurde im 1. Halbjahr 2007 ausgeglichen.

Insgesamt führen Mindereinnahmen aus Hartz IV und die Belastungen aus dem Sozialhilfesektor zu finanziellen Risiken, die das Ergebnis per 31.12.2007 in Höhe von 8,2 Mio. EUR belasten werden. Die Einhaltung des geplanten Fehlbetrages von 112,1 Mio. EUR ist derzeit nicht gefährdet.

## **1.2 Budgetabrechnung per 30.09.2007**

In der **Anlage 1** wird die zahlenmäßige Abrechnung der Budgets ausgewiesen. Die Inanspruchnahme aller budgetierten Haushaltsmittel beträgt 55,7 %. Von den Budgetverantwortlichen des Budgets 4 und Budgets 6 wird die Nichteinhaltung des vorgegebenen Budgets zum Jahresende angezeigt. Nach aktuellen Einschätzungen wird eine voraussichtliche Zuschussauslastung aller budgetierten Haushaltsmittel zum 31.12.2007 von ca. 98,0 % erwartet. Dabei werden gegenüber dem verfügbaren Budgets Mehreinnahmen in Höhe von 2.531,5 Tsd. EUR und Mehrausgaben in Höhe von 1.942,2 Tsd. EUR eingeschätzt.

Im Einzelnen wird nachfolgend über die Budgets informiert.

### Budget 0 – Bereich Oberbürgermeister

Der Zuschuss des Budgets 0 wurde mit 71,1 % (Einnahmen 93,4%, Ausgaben 71,1 %) in Anspruch genommen.

Die Inanspruchnahme der Ausgaben erfolgt nicht gleichmäßig über die Monate verteilt, sondern jeweils nach Terminplänen von Veranstaltungen und Ehrungen. Ebenso erfolgen Ausgaben für Repräsentationen und Städtepartnerschaften nicht kontinuierlich.

Insgesamt wird durch den Budgetverantwortlichen eingeschätzt, dass zum Jahresende die Auslastung des Budgets bei 97,2 % liegt.

### Budget 1 – Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Der Überschuss des Budgets 1 wurde per 30.09.2007 mit 116,1 % (Einnahmen 76,9 % und Ausgaben 64,1 %) erfüllt.

Die Einnahmerealisation mit den in Zusammenhang stehenden Ausgaben ist differenziert zu betrachten, da die Gebühren für Dokumente bei der Beantragung gezahlt werden und die Ausgaben ca. 8 Wochen später getätigt werden (Bürgerservice, Straßenverkehrsabteilung).

Durch bereits erteilte Aufträge, Ausschreibungen und Reservierungen sind z.B.:

- im Umweltamt	187.000 EUR
- im Bürgerservice	70.000 EUR
- im Amt für Brand- und Katastrophenschutz	206.000 EUR
- im Budget 1 für Miet- und Pachtzahlungen	142.000 EUR
- in der Straßenverkehrsabteilung	70.000 EUR
- im Budget 1 für Bewirtschaftungskosten	90.000 EUR

gebunden und werden im IV. Quartal 2007 kassenwirksam.

Durch das Dezernat I wird die Einhaltung des geplanten Überschusses von 1.644.500 EUR eingeschätzt.

### Budget 2 – Finanzen

Der geplante Überschuss wurde per 30.9.2007 mit 354,1 % (Einnahmen 118,3 %, Ausgaben 51,5 %) erfüllt.

Das positive Einnahmeergebnis wird durch die Jahressollstellung der Mieteinnahmen in Höhe von 2.468.804 EUR beeinflusst. Die geringen Ausgaben sind weiterhin auf die vorläufige Haushaltsführung einschließlich Haushaltssperre sowie auf die im UA 88000 -Allgemeines Grundvermögen- größtenteils erst im IV. Quartal kassenwirksam werdenden Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten für Hochbauten, Straßen und Wege (Winterdienst) zurückzuführen.

Hinsichtlich der Einhaltung des Budgets zum Jahresende wird eingeschätzt, dass der geplante Überschuss überfüllt wird.

### Budget 3 – Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Der Zuschuss des Budgets 3 wurde mit 18,5 % (Einnahmen 137,2 %, Ausgaben 43,5 %) in Anspruch genommen.

Die bisherigen Einnahmen resultieren aus Fördermitteln des Landes für das Regionalmanagement, das Projekt „Lokales Kapital“ (ISA) der Landesbeteiligung an der Broschüre „Romanik-Infozentrum und Einnahmen u.a. vom Unternehmen tti Magdeburg GmbH als Eigenanteil am Projekt Regionalmanagement.

Bei geplanten Ausgaben, wie im Folgenden dargestellt, erfolgt die Realisierung erst im IV. Quartal:

- Expo Real, lokale Standortmessen, Existenzgründerv., Wirtschaftsforum	96.000 EUR
- für eine Fachanzeigenserie, Infobroschüren, Flyer, Marketingmaßnahmen und Regionalpreis	105.000 EUR
- Gutachten in Verbindung mit städtischen Gesellschaften, Optimierung von städtischen Gewerbegebieten und zur Umsetzung des Tourismussteitsystems	93.500 EUR
- für Projekte der RKM, EU-Angelegenheiten, Präsentationen, Regionalmanag.	90.000 EUR
- Projekt „Lokales Kapital“	50.300 EUR

Durch den Budgetverantwortlichen wird eine komplette Auslastung des verfügbaren Budgets zum Jahresende eingeschätzt.

#### Budget 4 – Bildung, Sport, Kultur

Der Zuschuss des Budgets 4 wurde mit 75,4 % (Einnahmen 75,5 %, Ausgaben 75,4 %) in Anspruch genommen.

Überplanmäßige Ausgaben wurden dem FB 41 - Museum - für die Vorbereitung und Durchführung der Sonderausstellung „Spektakel der Macht“ in Höhe von 56.000 EUR aus dem Deckungskreis 45DHR und dem Eigenbetrieb Puppentheater zur Durchführung des Magdeburger Kinderfestivals in Höhe von 10.000 EUR aus dem Teilbudget des Kulturbüros zur Verfügung gestellt. Im FB 40 wurden 80.000 EUR Veranstaltungskosten gesperrt, da die Friedensfahrt 2007 nicht stattfand.

Im Berichtszeitraum wurden die Einnahmen im Fachbereich Schule und Sport (FB 40) mit 70,8 %, im Kulturbüro (Stabsstelle des Dezernates IV) mit 300,0 %, im Fachbereich Kultur, Stadtgeschichte und Museen (FB 41) mit 148,8 %, im Konservatorium (Amt 44) mit 62,2 % und im Team Gesellschaftshaus mit 100,2 % erfüllt.

<b>Mehreinnahmen</b>	
<u>FB 40</u>	
Erstattung von Betriebskosten, Nachzahlung für einen Schulstandort BBS	164.004 EUR
Erstattung von Betriebskosten/Horte, lt. Abrechnung Vorjahr	80.000 EUR
Erstattung Kosten für Platzpflege u. Rückzahlung Energie/ Stadion	80.000 EUR
<u>Kulturbüro</u>	
zweckgebundene Einnahmen (u.a. Spenden für Stolpersteine, Projekte im Puppentheater), die in gleicher Höhe zu Ausgaben führen	13.778 EUR
Rückforderung von Fördermitteln aus 2006	9.890 EUR
<u>FB 41 - Stadtbibliothek</u>	
Landesfördermittel für die Anschaffung von Medieneinheiten	25.000 EUR
<u>FB 41 - Museum</u>	
Zweckgebundene Zuweisungen und Zuschüsse für Sonderausstellungen „Farben-Räume-Zeiten“, „Kinderatelier“, „in between“, „Spektakel der Macht“, „Verfolgung in der NS-Zeit in Magdeburg“, „Aufbruch in die Gotik“, die in gleicher Höhe zu Ausgaben führen	331.213 EUR
<u>Team Gesellschaftshaus</u>	
Einnahmen aus Mieten und Pachten im Gesellschaftshaus und Konzerthalle	31.500 EUR

<b>Mindereinnahmen</b>	
<b>FB 40</b>	
Entgelte Schwimmhallen und Bäder/ Rückgang Besucher, schlechte Witterung	310.210 EUR
Entgelte Volkshochschule/geringere Teilnehmeranzahl	30.000 EUR
Mieten und Pachten Wohnheim/Mierrückgang, geringere Auslastung	40.000 EUR
Erstattung für Umschüler BBS/weniger Umschüler für Ausbildung angemeldet	16.000 EUR
Zuschuss vom Land für Handball-WM/nicht notwendig, Handball-GmbH hat mehr eigene Einnahmen durch höheren Kartenverkauf (sh. auch Minderausg.)	125.000 EUR
Landeszuschuss Friedensfahrt/ keine Zahlung, da Fr.- fahrt nicht stattgefunden	35.000 EUR

Die Ausgaben im Berichtszeitraum wurden im FB 40 mit 76,5 %, in der Stabsstelle des Dezernates IV mit 55,1 %, im FB 41 mit 75,4 %, im Konservatorium mit 71,8 % und im Team Gesellschaftshaus mit 71,0 % in Anspruch genommen.

<b>Mehrausgaben</b>	
<b>FB 40</b>	
Unterhaltung der Ausstattung Schulen/Aufrechterhaltung der PC-Arbeitsplätze der Schüler in Fachkabinetten	46.800 EUR
Schülerunfallversicherung/Festsetzung Unfallkasse Zerbst	243.890 EUR
Sachausgaben/ Umzugskosten durch IZBB und Schulschließungen	35.000 EUR
<b>FB 41 - Stadtbibliothek</b>	
Sachausgaben beim Ankauf von Medieneinheiten	25.000 EUR
<b>Team Gesellschaftshaus</b>	
Ausgaben für Veranstaltungen u. Veröffentlichungen/„30 Jahre Konzerthalle“	8.500 EUR

<b>Minderausgaben</b>	
<b>FB 40</b>	
Bewirtschaftungskosten Sportbereich	94.300 EUR
Zuschuss Handball-WM/nicht erforderlich, da Eigeneinnahmen der Handball-GmbH durch Kartenverkauf höher als vorausgesehen war	200.000 EUR
Sportveranstaltungen	12.500 EUR
Unterhaltung KfZ	10.000 EUR
Telefonkosten	12.000 EUR

Aus den o. g. Erläuterungen schätzt der Budgetverantwortliche eine mögliche Überschreitung des Zuschusses des Budgets 4 zum Jahresende von insgesamt ca. 217.600 EUR (101,48 %) ein. Es werden Mehreinnahmen von 167.500 EUR und Mehrausgaben von 385.100 erwartet.

Eventuelle Rückforderungen von Bewirtschaftungskosten aus dem Jahr 2006 durch den Eb KGm in Höhe von 1,4 Mio. EUR wurden bei der Einschätzung nicht berücksichtigt. Hier wird an einer Lösung im FB 02 zusammen mit dem Eb KGm und dem FB 40 gearbeitet.

#### Budget 5 – Soziales, Jugend und Gesundheit

Der Zuschuss des Budgets 5 wurde mit 70,6 % (Einnahmen 71,3 %, Ausgaben 70,7 %) in Anspruch genommen.

Zum Jahresende wird mit einer Erfüllung von 98,7 % gerechnet. Das bedeutet eine voraussichtliche Untererfüllung im Zuschuss von etwa 96.000 EUR. Durch Einsparungen aufgrund der Haushaltssperre und durch Einsparungen für das neue Mietschuldnerprogramm (tatsächliche Kosten waren zum Zeitpunkt der Planung nicht bekannt) im Amt 50 können die Mehrausgaben im Amt 53 u. a. für Bestattungskosten gedeckt werden. Weitere Mehrausgaben im Teilbudget des Amtes 51 für Hilfe für junge Volljährige können durch Mehreinnahmen innerhalb des Teilbudgets gedeckt werden.

#### Budget 6 – Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Zuschuss des Budgets 6 wurde mit 43,4 % (Einnahmen 114,3 %, Ausgaben 70,6 %) in Anspruch genommen.

Für die Restzahlung aus der Kreuzungsvereinbarung mit der DEGES zum Ausbau der Autobahn A2/August-Bebel-Damm (DS 0009/107) wurden dem Tiefbauamt zusätzliche Mittel in Höhe von 65.000 EUR zur Verfügung gestellt.

Im Berichtszeitraum wurden die Einnahmen im FB 62 - Geodienste und Baukoordinierung - mit 40,3 %, im Stadtplanungsamt mit 63,4 %, im Bauordnungsamt mit 120,7 %, im Hochbauamt mit 738,1 % und im Tiefbauamt mit 113,2 % erfüllt.

<b>Mehreinnahmen</b>	
<u>Amt 63</u>	
Erteilung von Baugenehmigungen für Großvorhaben (Müllheizkraftwerk Rothensee, Magdeburger Mühlenwerke, Altenpflegeheime, Mariettaquartier, Leichtathletikzentrum, Möbel Höffner )	550.000 EUR
<u>Amt 65</u>	
gestiegene Anzahl von Bewerberfirmen bei öffentlichen Ausschreibungen	26.500 EUR
<u>Amt 66</u>	
zweckgebundene Fördermittel des Landes zur Beseitigung von Hochwasserschäden (Anna-Ebert-Brücke, Ufermauer Stromelbe Westufer und Stützmauer Cracauer Wasserfall), die in gleicher Höhe zu Ausgaben führen	1.048.337 EUR

<b>Mindereinnahmen</b>	
<u>FB 62</u>	
Rückgang des Verkaufs von Luftbildern und Karten	35.477 EUR
<u>Amt 61</u>	
Rückgang des Verkaufs von erstellten Broschüren	17.187 EUR

Die Ausgaben wurden im FB 62 mit 48,6 %, im Stadtplanungsamt mit 53,6 %, im Bauordnungsamt mit 159,0 %, im Hochbauamt mit 105,8 %, im Tiefbauamt mit 68,5 % in Anspruch genommen.

<b>Minderausgaben</b>	
<u>FB 62</u>	
Kosten für Information und Dokumentation (Karten)	35.447 EUR



<b>Mehrausgaben</b>	
<u>Amt 63</u>	
Ausgaben für Sachverständigengutachten, die im direkten Zusammenhang mit der Erteilung von Baugenehmigungen stehen	550.000 EUR
<u>Amt 61</u>	
Ausgaben durch Erhöhung der Verbandsumlage für den Zweckverband	48.400 EUR
<u>Amt 65</u>	
Ausgaben für Kopierleistungen und für Post- und Fernmeldegebühren durch öffentlichen Ausschreibungen.	26.500 EUR

Die Abarbeitung der Kassenreste aus dem Budget 6 erfolgt planmäßig.

Für das Budget 6 schätzt der Budgetverantwortliche zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Überschreitung am Jahresende von insgesamt 48.413 EUR (100,6 %) ein. Es werden Mehreinnahmen in Höhe von 1.588.671 EUR und Mehrausgaben in Höhe von 1.637.084 EUR erwartet.

### 1.3 Quartalsvergleich ausgewählter Bereiche/Deckungskreise außerhalb der Budgetierung

Im Folgenden werden einzelne Positionen der in Anlage 2 aufgeführten Deckungskreise näher erläutert.

#### Position 11 – Deckungskreis Soziales (DKSOZ):

DKSOZ	Verfügbar Plan 2007	AO-Soll 30.09.07	% 30.09.07	V-Ist 31.12.07	% 31.12.07
Einnahmen	34.848.415	18.513.480	53,1	26.100.000	74,9
Ausgaben	90.201.174	73.210.568	81,2	89.600.000	99,3
Zuschuss	55.322.758	54.697.088	98,9	63.500.000	114,78

Der Zuschuss im DKSOZ wurde in Höhe von 54.697.088 EUR mit 98,9 % erfüllt. Hier sind bei den Ausgaben der Abschlag für die Oktober - Zahlung an die ARGE für die Kosten der Unterkunft (KdU) in Höhe von 6.000.000 EUR und Kosten für sonstige soziale Leistungen in Höhe von 542.617 EUR enthalten. Zum 31.12.2007 wird ein Mehrbedarf im Zuschuss von ca. 8.177.242 EUR eingeschätzt. Dieser setzt sich hauptsächlich aus Mindereinnahmen für Kosten der Unterkunft zusammen. Der Planansatz aus insgesamt 33.515.600 EUR setzt sich zusammen aus 23.482.368 EUR (31,2 %) für Kosten der Unterkunft und 10.033.232 EUR für weitere geplante Erstattungen vom Bund. Erstattet wurden bisher 17.545.573 EUR von den Ausgaben für Kosten der Unterkunft aus anteiligen 31,2 %.

#### Einnahmen:

Die voraussichtliche Erfüllung der Einnahmen liegt bei 53,1 %. Schwerpunkte ergeben sich hauptsächlich im Bereich:

		- in EUR -
1.48200.191000.8 – Kosten der Unterkunft u. Heizung	<i>Mindereinnahme</i>	10.033.232
Geplant sind Einnahmen in Höhe von 33.315.600 EUR. Davon werden 23.482.368 EUR (das sind 31,2 % an den Ausgaben für diese Leistung) erstattet. Die weitere Erstattung hinsichtlich der Entlastung in Höhe von 10.033.232 EUR vom Bund bleibt abzuwarten.		

1.41270.255000.1 – sonst. Eingliederungshilfe f. Beh.	<b>Mehreinnahme</b>	930.000
Hier handelt es sich um Einnahmen, die ausgabeseitig an das Land abzuführen sind. Zum Ausgleichsverfahren der finanziellen Belastungen der kreisfreien Städte und Landkreise in Sachsen-Anhalt aus dem Grundsicherungsgesetz (GSiG) wurde eine Vereinbarung zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden abgeschlossen. Unter anderem wurden die Ausgleichszahlungen vom Land unter der Maßgabe gezahlt, dass die aus der Umsetzung des 9. Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes vom 07.07.2005 resultierenden Wohngeldnachzahlungen für Heimbewohner an das Land abgeführt werden.		

Ausgaben:

Die Erfüllung der Ausgaben liegt bei 81,2 %. Hierin enthalten ist bereits der Abschlag für die Oktober - Zahlung an die ARGE für die Kosten der Unterkunft (KdU) in Höhe von 6.000.000 EUR und Kosten für sonstige soziale Leistungen in Höhe von 542.617 EUR.

1.48500 – Grundsicherung im Alter u. Erwerbsunfähigk.	<b>Mehrausgabe</b>	822.000
Diese Übererfüllung resultiert aus dem zweimaligen Anstieg der Regelsätze, Anstieg der Fallzahlen durch Übernahmen aus der ARGE und Erreichen des 65. Lebensjahres sowie auch durch Erhöhung von Grundmieten und Steigerungen der Krankenversicherungsbeiträge.		
UA 41270 – sonst. Eingliederungshilfe f. Behinderte	<i>Mehrausgabe</i>	930.000
Die Ausgaben ergeben sich in gleicher Höhe wie die Einnahmen. Hinsichtlich der Begründung wird auf obige Ausführungen zu den Mehreinnahmen verwiesen.		
1.41010.730000.6 - Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII	<i>Minderausgabe</i>	950.000
Hier wurde ein durchschnittlicher Kostensatz von ca. 536,00 EUR eingeplant. Der tatsächliche Durchschnittssatz liegt jedoch nur bei ca. 310,00 EUR. 80 % der Fälle benötigen nur ergänzende Hilfen, sodass zum Jahresende mit einer Minderausgabe gerechnet wird.		
1.41260.741000.4 und 1.41260.731000.6 - Suchtkrankenhilfe für Behinderte	<b>Minderausgabe</b>	155.000
In diesem Bereich liegen derzeit keine Anträge vor, die entsprechende Ausgaben notwendig machen. Des Weiteren ist eine Reduzierung der Fallzahlen aufgrund der Einführung des GKV-WSG ( Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG)) zu verzeichnen.		
UA 41310 - Krankenhilfe	<b>Minderausgabe</b>	665.000
Auch hier kommt es aufgrund der Einführung des GKV-WSG zu einer Verringerung der Fallzahlen.		

UA 42000 - Asylbewerber	<b>Minderausgabe</b>	300.000
Die Zahl der Asylbewerber ist rückläufig. Entsprechend einer Gesetzesänderung wird das neue Bleiberecht kurzfristig umgesetzt.		
1.48200.691100.1 - Kosten der Unterkunft und Heizung	<b>Minderausgabe</b>	270.000
Der Anstieg der Konjunkturlage schlägt sich positiv nieder. Ab August 2007 ist ein Rückgang der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zu verzeichnen.		

Position 13 - Deckungskreis Kinderförderungsgesetz (KiFöG):

KIFÖG	Verfügbar Plan 2007	AO-Soll 30.09.2007	% 30.09.2007	V-Ist 31.12.2007	% 31.12.2007
Einnahmen	14.132.000	14.936.877	105,7	15.326.100	108,4
Ausgaben	39.592.900	33.969.975	85,8	41.667.000	105,2
Zuschuss	25.460.900	19.033.098	74,8	26.340.900	103,5

Insgesamt wird ein Mehrbedarf im Zuschuss von 880.000 EUR eingeschätzt. Mehrausgaben von 2.074.100 EUR können durch voraussichtliche Mehreinnahmen in Höhe von ca. 1.194.100 EUR teilweise abgedeckt werden.

Einnahmen:

1.46400.150000.5 - Tageseinrichtungen für Kinder	<b>Mehreinnahme</b>	1.235.700
Begründet wird diese Mehreinnahme durch Rückzahlungen von Kostenerstattungen freier Träger. Die voraussichtliche Mehreinnahme ist das Ergebnis verstärkter durchgeführter Verwendungsnachweisprüfungen aus den Jahren 2001 bis 2005. Die Rückzahlungen begründen sich aus nicht anerkennungsfähigen Kosten sowie überplanmäßiger Mehreinnahmen (Mehreinnahmen in den Kindertageseinrichtungen reduzieren die Kostenerstattungen). Darüber hinaus erfolgte auch eine Finanzierung der Einrichtungen auf der Basis einer Pro-Platz-Pauschale. Hier bilden rückwirkende Meldungen zur tatsächlichen Belegung die Grundlage zur Zahlung von Haushaltsmitteln. Die bis zum 30.06.2007 vorgelegten Kostennachweise der freien Träger aus dem Jahr 2006 werden – nach erster Sichtung der Unterlagen – auch noch Rückzahlungen ergeben.		
1.46400.162000.5 - Tageseinrichtungen für Kinder	<b>Mehreinnahme</b>	124.800
Die Höhe des Haushaltsansatzes ist im Zeitpunkt der Planung schlecht einschätzbar, da zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt ist, wie viele Kinder aus anderen Gemeinden in den Kindereinrichtungen der freien Träger der Stadt Magdeburg betreut werden.		

Ausgaben:

Insgesamt wird es bei den Ausgaben zu Mehrausgaben in Höhe von ca. 2.074.100 EUR kommen.

1.45400.770000.6 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	<b>Mehrausgabe</b>	873.400
<p>Diese Mittel werden für die Übernahme bzw. Ermäßigung des Elternbeitrages für sozial bedürftige Eltern nach § 90 Abs. 3 SGB III benötigt.</p> <p>Bei der Ermittlung des voraussichtlichen Ist per 31.12.2007 erfolgte eine Hochrechnung aus den gemeldeten Zahlen der freien Träger für das erste Quartal 2007 sowie die steigende Anzahl von Anträgen auf Erlass und Ermäßigung, was durch die steigende Sozialbedürftigkeit der Eltern verursacht wird. Eine 100%ige Planung der Haushaltsmittel ist in diesem Bereich nicht möglich.</p> <p>Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt entsprechend der Drucksache 0406/07 „Überplanmäßige Ausgabe“ (Beschluss am 04.10.2007 im Stadtrat).</p>		
1.46400.718000.0 - Tageseinrichtungen für Kinder	<b>Mehrausgabe</b>	1.217.300
<p>Entsprechend § 10 KIFÖG LSA ist der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe verantwortlich für die Vorhaltung einer an den Bedürfnissen von Familien und Kindern orientierten, konzeptionell vielfältigen, leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen Struktur von Tageseinrichtungen.</p> <p>Seit 2004 ist eine steigende Tendenz in der Inanspruchnahme von Tagesbetreuung festzustellen. So wurden im Vergleich von 2005 zu 2006 im Jahr insgesamt ca. 1.880 Plätze mehr belegt. Im Jahr 2006 wurden im Durchschnitt 11.588 Plätze belegt. Für das Jahr 2007 wird eine durchschnittliche Belegung von 12.140 Plätzen erwartet. Die ansteigende Zahl an den tatsächlich belegten Plätzen findet auch in der Antragstellung der freien Träger auf Kostenerstattung seinen Niederschlag. Eine Kostenerhöhung ist im Bereich der Personalkosten auf Grund der vorgenommenen Gehaltsanpassungen gemäß TVöD zu verzeichnen. Ein weiterer Kostenanstieg ist im Bereich des Energiebedarfs sowie in den übrigen Sachkosten festzustellen. Weitere Belastungen entstehen aus noch zu prüfenden Kostennachweisen der rückliegenden Jahre ab 2002 bis 2006. Hier könnte es zu berechtigten Nachzahlungen bzw. zu Rückerstattungen kommen.</p> <p>Die Deckung der Mehrausgabe wird aus der Haushaltsstelle 1.46400.150000.5 (unechte Deckungsfähigkeit = Mehreinnahmen zu Mehrausgaben) gedeckt.</p>		

---

**Position 14 - Deckungskreis Hilfe zur Erziehung (DKHzE):**

DKHzE	Verfügbar Plan 2007	AO-Soll 30.09.07	% 30.09.07	V-Ist 31.12.07	% 31.12.07
Einnahmen	1.222.000	670.312	54,9	1.185.000	97,0
Ausgaben	11.090.000	10.518.119	94,8	13.450.200	121,3
Zuschuss	9.868.000	9.847.807	99,8	12.265.200	124,3

---

Hier wird ein Zuschussmehrbedarf in Höhe von ca. 2.397.200 EUR eingeschätzt.

Ausgaben:

Einnahmen:

Bei den Ausgaben wird eine Mehrausgabe von ca. 2.360.200 EUR eingeschätzt .

---

entsprechend der Drucksache 0367/07 „ÜPL von 2.360.000 EUR für den UA 45500 – Hilfe zur Erziehung“ (Beschluss am 04.10.2007 im Stadtrat).		
---	--	--

Position 15 - Deckungskreis Unterhaltsvorschussgesetz (UDUVG)

UDUVG	Verfügbar Plan 2007	AO-Soll 30.09.07	% 30.09.07	V-Ist 31.12.07	% 31.12.07
Einnahmen	3.620.000	2.540.332	70,2	3.620.000	100,0
Ausgaben	3.620.000	2.948.164	81,4	3.620.000	100,0
Zuschuss	0	407.832		0	

**2. Gesamteinschätzung Vermögenshaushalt**

Das Ergebnis des Vermögenshaushaltes per 30.09.2007 setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	- in EUR -	
	30.09.2006	30.09.2007
Anordnungssoll – Einnahmen (L)	175.591.647,04	48.337.699,68
- Abgang alter Kassenreste (C)	175.675,37	153.456,29
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste (A)	925,10	2.697.800,00
= Summe Soll-Einnahmen (E)	<u>175.415.046,57</u>	<u>45.486.443,39</u>
Anordnungssoll – Ausgaben (L)	163.303.278,10	39.628.188,77
- Abgang alter Haushaltsausgabereste (A)	13.632.969,59	10.490.861,16
= Summe Soll-Ausgaben (E)	<u>149.670.308,51</u>	<u>29.137.327,61</u>
<b>Ergebnis:</b>	<b>25.744.738,06</b>	<b>29.137.327,61</b>

Der Vergleich der angeordneten Einnahmen und Ausgaben per 30.09.2007 zum Haushaltsplan 2007 zeigt zum Stichtag einen positiven Erfüllungsstand:

	- EUR -		
<b>Gesamtmittel</b>	<b>Ansatz 2007</b>	<b>AOS 30.09.2007</b>	<b>in %</b>
<b>Einnahmen</b>			
Plan 2007	70.653.900,00	48.337.699,68	68,4
HER 2006	2.697.800,00	0,00	0
<b>Gesamt</b>	<b>73.351.700,00</b>	<b>48.337.699,68</b>	<b>68,4</b>
<b>Ausgaben</b>			
Plan 2007	70.653.900,00	39.628.188,77	56,1
HAR 2006	17.689.500,00	7.198.638,34	40,7
<b>Gesamt</b>	<b>88.343.400,00</b>	<b>46.826.827,11</b>	<b>31,6</b>

Die Umsetzung der Maßnahmen des Investitionshaushaltes 2007 wurde durch die Verfügung des LVwA vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 geprägt.

Die Landeshauptstadt Magdeburg erhielt die Auflage, dass nur Verpflichtungen eingegangen werden dürfen, zu deren Leistung die Stadt rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind oder die mit einem Zuwendungssatz von mindestens 70 % gefördert werden. Die Freigabe der Maßnahmen, die diese Kriterien erfüllten erfolgte mit der Verfügung des Oberbürgermeisters vom 16.03.2007. Mit Datum vom 22.06.2007 wurde die getroffene Anordnung zum Erlass einer Haushaltssperre für den Vermögenshaushalt mit einer Einschränkung (Anlage 2, Nr. 11 Havariemittel IUK) vom OB aufgehoben (Grundlage: Stadtratsbeschluss vom 26.04.2007 und Entscheidung Landesverwaltungsamt vom 07.06.2007).

Aus diesem Grund gestaltet sich die Einschätzung der Abarbeitung der Investitionsmaßnahmen durch die verspätete Freigabe der Haushaltsmittel 2007 und die daraus resultierende Entwicklung der Haushaltsausgabereste zum 31.12.2006 sehr schwierig. Per 30.09.2007 werden Haushaltsausgabereste 2007 in Höhe von 14,1 Mio. EUR davon 8,6 Mio. EUR vom Plan 2007 und 5,6 Mio. EUR aus 2006 von den Ämtern und Fachbereichen gemeldet (siehe Anlage 4). Aus Sicht des Fachbereiches Finanzservice werden die Haushaltsausgabereste zum 31.12.2007 noch etwas ansteigen. Das Baudezernat geht zum jetzigen Zeitpunkt von insgesamt 4,4 Mio. EUR und der Eb KGm von 3,4 Mio. EUR Haushaltsausgaberesten aus, diese werden nachstehend näher erläutert.

Für die Maßnahmen – **Ortsumgehung Ottersleben, Brücke Sohlener Straße und Zollbrücke** – kann festgestellt werden, dass zusätzlich zu den geplanten und bewilligten GVFG Mitteln Anträge auf Gewährung einer Zuweisung gemäß § 11a Abs. 2 FAG-Mittel zur Erbringung des Eigenanteils gestellt und auch bewilligt wurden. Im Zuge der Bauarbeiten an der Zollbrücke stellte sich eine Erweiterung des Leistungsumfanges heraus. Mit Datum vom 09.05.2007 wurde an das LVwA ein Änderungsantrag gestellt, der mit Datum vom 31.05.2007 beschieden wurde und Einnahmen in Höhe von 943.952 EUR ausweist. Damit konnten die Mehrausgaben für die Zollbrücke gedeckt werden.

Für das Objekt **Berliner Chaussee** liegt bisher ein vorläufiger EFRE-Zuwendungsbescheid vor. Der endgültige Bescheid wird in Kürze erwartet. Bei der Maßnahme Deckschichtenerneuerungen konnten Haushaltsmittel zusätzliche in Höhe von 230.000 EUR aus nicht benötigten Haushaltsausgaberesten für den Multiknoten Olvenstedter Straße, Herderstraße, G.-Hauptmannstraße, Ebendorfer Straße bereitgestellt werden. Das Bauvorhaben wird in 2007 in der Höhe der bereitgestellten Mittel in Höhe von 230.000 EUR kassenwirksam.

#### ***Rampe Magdeburger Ring***

Für den Ausbau der Nord-West-Rampe am MR/Lemsdorfer Weg ist es erforderlich, den für das Stadtgebiet geplanten prägenden Spielplatz auf der benachbarten Fläche nördlich des Lemsdorfer Weges mit einer Größe von 390 m<sup>2</sup> neu zu errichten. Die LH MD darf den sich auf der Rampen-Trasse befindlichen vorhandenen Spielplatz erst abbauen, wenn der neue Spielplatz hergestellt wurde. Es wird von einer 50%igen Kassenwirksamkeit ausgegangen und es wird voraussichtlich ein HAR in Höhe von 56.800 EUR entstehen.

#### ***Ernst-Wille-Straße (Gemeindestraße)***

Für diese Maßnahme stehen 122.700 EUR HAR 2006 und 270.000 EUR Haushaltsansatz für den 2. BA zur Verfügung. Die Siedlungsstraße soll zur Verbesserung der Fahrbahnverhältnisse und Erhöhung der Verkehrssicherheit (nach Kanalbau durch die SWM) ausgebaut werden. Für die Maßnahme wird ein neuer HAR in Höhe von 286.700 EUR eingeschätzt.

#### ***Hauptstraße Pechau***

Diese Maßnahme konnte 2007 zusätzlich aus nicht benötigten HAR 2006 in Höhe von 316.000 EUR in den Haushalt aufgenommen werden. Nach vorheriger Verlegung der Kanalisation und anderer Medientrassen erfolgt der grundlegende Ausbau dieser Siedlungsstraße.

***Ausbau von 2 Schrotebrücken (Schroteanger und Schnarsleber Straße)***

Die Brücke am Schroteanger und Schnarsleber Straße wurden im Jahr 1926 errichtet. Im Rahmen der zyklischen Prüfungen nach DIN wurden erhebliche Mängel festgestellt. Zur Wahrung der Verkehrssicherheit sowie aus Kostengründen wurde ein Ersatzneubau favorisiert. Für beide Maßnahmen wird von einer 100%igen Kassenwirksamkeit ausgegangen.

Das Amt 66 geht davon aus, dass das voraussichtliche Ist zum 31.12.2007 per 30.09.2007 eine erste Einschätzung darstellt. Bei auftretenden Differenzen zwischen den im Haushaltsplan 2007 eingestellten Einnahmen und vom LVWA avisierten bzw. beschiedenen Fördermitteln müssen entsprechend die Ausgaben reduziert bzw. in die Folgejahre verschoben werden. Insgesamt geht das Amt 66 in seiner Einschätzung von 2.100.300 EUR aus.

Die Einschätzung zum 31.12.2007 zu den Einnahmen aus **Straßenausbaubeiträgen und Erschließungsbeiträgen** wird mit 100,03 % realisiert. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt Einnahmen in Höhe von 1.693.300 EUR (Straßenausbaubeiträge 1.666.500 EUR und Erschließungsbeiträge 26.800 EUR) realisiert. Das entspricht einer anteiligen Erfüllung von 73,87 %.

Der **Fachbereich 62** bewirtschaftet Maßnahmen mit geplanten Einnahmen (Fördermittel) in Höhe von 5.018.700 EUR. Davon wurden im Berichtszeitraum bisher 3.693.900 EUR realisiert. Das entspricht einer Erfüllung von 73,6 %. Die Einnahmen in der Zone IV Stadterneuerung und Handelshafen werden um 2.074.400 EUR höher als im Plan 2007 veranschlagt ausfallen, da im Bereich des Handelshafens die Fördermittelausreichung im Jahr 2006 geringer war als geplant. Diese Mittel werden 2007 seitens des Fördermittelgebers ausgezahlt. Zum gegenwärtigen Stand wird vom Fachbereich 62 eingeschätzt, dass die geplanten Einnahmen und die dazugehörigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2007 voll realisiert werden.

Die Abarbeitung der finanziellen Mittel für die 3 IZBB-Maßnahmen – GS Lindenhof, Sek. Weiting und Sek. Th. Müntzer – geht nur zögerlich voran. Die 2006 entstandenen Haushaltsausgabereste in Höhe von 1.045.000 EUR werden sich infolge des verspäteten Fördermittelbescheides in gleicher Größenordnung fortsetzen, da der Bauablauf technologisch bedingt keine beschleunigte Abarbeitung der Mittel ermöglicht.

Die Einnahmen (Fördermittel), die das Amt 61 bewirtschaftet, entsprechen dem Bautenstand bzw. dem Stand der Rechnungslegung.

Die Abweichungen bei den vom Amt 61 bewirtschaftenden Maßnahmen vom Ist zum Plan ergeben sich durch zwischenzeitlich vorliegende Bewilligungen des Programmjahres 2006 für die einzelnen Maßnahmen, aus den Verwendungsnachweisen Urban 21 für die Maßnahme Sanierung Buckau (2.61501-03), aus dem aktualisierten Förderantrag Programmjahr 2007 für den Stadtumbau/Aufwertung sowie aus dem vorliegenden Bescheid zur Sanierung Südost (2.61501-31). Die **Haushaltsausgabereste des Amtes 61 aus 2006** wurden nach wie vor bis auf Einzelvorhaben im Stadtumbau/Aufwertung abgearbeitet. Die Haushaltsausgabereste 2006, die in der Maßnahme – **Stadtumbau Ost/Aufwertung** – in Höhe von 1.540.600 EUR gebildet wurden, sind in Höhe von 1.129.700 EUR angeordnet.



Derzeit sind Haushaltsausgabereise noch abzuarbeiten in den Gebieten Altstadt und Reform.:

**Altstadt:**

***Fuß- u. Radwegebrücke über das Schleinufer***

Die fristgerechte Inanspruchnahme und damit auch die Fertigstellung der Maßnahme verzögerte sich durch

- Planungsänderungen im Ergebnis eines Wettbewerbes,
- Probleme bezüglich Eigentümerverhältnisse u. Überbauungsrechte,
- Wechsel des Auftragnehmers – Folge: neue Beauftragung,
- Verzögerungen bei der Ufersanierung (Beseitigung v. Hochwasserschäden) im Rahmen eines anderen Förderprogramms u. a. durch erhöhten Wasserstand in den erstens 4 Monaten 2007.

Es wird eingeschätzt, dass die Mittel bis Ende 2007 endgültig abgerechnet werden. Auch auf Grund der nicht fristgerechten Abarbeitung der Mittel (bis 2006) konnte nach wie vor der Schlussverwendungsnachweis für das Gebiet Altstadt nicht erstellt werden. Der Antrag zur Fristverlängerung hierfür wurde an das Landesverwaltungsamt als Bewilligungsbehörde gestellt.

**Refom:**

***Abriss Heizhaus Otto-Baer-Str. 65***

Die Leistung wurde zwischenzeitlich erbracht. Die Abrechnung erfolgte kostengünstiger. Eine Umverteilung der Mittel muss erfolgen. Es wird eingeschätzt, dass die derzeit noch anstehenden HAR 2006 abgerechnet werden.

**Vom Amt 61 werden voraussichtliche HAR 2007 bei den nachfolgenden Maßnahmen eingeschätzt:**

**Instandsetzung Denkmale (2.61511-01)**

Derzeit wird, bedingt durch Verzögerungen bei den einzelnen Baumaßnahmen sowie die terminliche Freigabe des städtischen Haushaltes, damit gerechnet, dass die bewilligten Mittel nicht mehr fristgerecht zum Ende des Haushaltsjahres abgearbeitet werden. Es wird damit ein HAR in Höhe von **74,4** Tsd. EUR eingeschätzt.

**Wohnumfeldverbesserung/Soz. Stadt Südost (2.88001-37)**

Aufgrund der kostengünstigeren Abrechnung von 2 geplanten Einzelvorhaben sind die verbleibenden bewilligten Mittel für das Haushaltsjahr 2007 neu zu untersetzen. Es sollen Planungsleistungen vergeben werden, die aber nach heutiger Einschätzung nicht mehr fristgerecht abgearbeitet werden können. Es wird ein HAR in Höhe von **10** Tsd. EUR eingeschätzt.

**Sanierung Südost (2.61501-31)**

Die Ausgaben sind zu 100 % Fördermittel des Bundes. Aufgrund von Verzögerungen beim erforderlichen Grundstückskauf sowie der Zuordnung der Baulast wird es zu HAR in Höhe von **84,5** Tsd. EUR kommen. Die Mittelübertragung wurde mit dem Zuwendungsgeber abgestimmt.

**Wohnumfeldverbesserung/Soz. Stadt Kannenstiege/Neust. See (2.8001-16)**

Aufgrund von Personalproblemen innerhalb der für dieses Gebiet zuständigen Abteilung im Amt 61 hat es zeitliche Verzögerungen bei der Vorbereitung der Einzelmaßnahmen gegeben. Durch den nunmehr verantwortlichen Bearbeiter wurde die Vorbereitung so weit vorangetrieben, dass die Einzelvorhaben zwar vertraglich untersetzt werden können, aber nur zu einem geringen Teil abzuarbeiten sind, so dass hier HAR in Höhe von **116** Tsd. EUR entstehen werden.

**Stadtumbau Ost/Aufwertung (2.61501-28)*****Altstadt:***

Neubau Wohn- u. Geschäftshaus Regierungsstr./Breiter Weg:

Lt. Ablaufplan werden die Arbeiten in der 52. KW abgeschlossen. In Verbindung mit dem Termin des Kassenschlusses werden ca. **15** Tsd. EUR als HAR eingeschätzt.

***Grünanlage Neustädter Straße***

Durch Umverteilung von Mitteln aus einer kostengünstiger ausgefallenen Abrechnung eines anderen Einzelvorhabens stehen für dieses Einzelvorhaben Mittel zur Verfügung, die aber aufgrund vorplanerischer Leistungen nunmehr nicht mehr fristgerecht abgearbeitet werden können. Es entstehen voraussichtlich HAR in Höhe von **23** Tsd. EUR.

***Lukasklausur***

Hier wird mit einem HAR in Höhe von **35** Tsd. EUR gerechnet. Die offenen Mittel sollen im Rahmen eines Wettbewerbes in Anspruch genommen werden. Die Finanzierung kann nicht mehr 2007 erfolgen. Außerdem wird ein Auftrag nicht mehr 2007 für die Freiflächengestaltung abgerechnet.

***Neustadt:******Russisch-Orth.-Kirche:***

Bereits mit der Berichterstattung per 30.06.2007 wurde auf die Problematik der Abarbeitung hingewiesen. Nach wie vor wird durch Amt 61 eingeschätzt, dass die bewilligten Mittel nicht ausgezahlt werden können. Es entstehen HAR in Höhe von **58** Tsd. EUR. Es ist nicht zu erwarten, dass die sich hieraus evtl. ergebenden Strafzinsen von dem Zuwendungsempfänger übernommen werden. Der Zuwendungsbescheid sollte kurzfristig aufgehoben werden und die Mittel, um sie nicht zurückgeben zu müssen, sollten innerhalb des Gebietes umverteilt werden.

***Trilinguale Grundschule***

Die Maßnahme soll in den Haushaltsjahren 2007 bis 2009 abgearbeitet werden. Aufgrund der Problematik eines Eigentumswechsels und der damit verbundenen Genehmigungsverfahren auch durch den Zuwendungsgeber wird hier ein HAR in Höhe von **87** Tsd. EUR anfallen.

***Neu Olvenstedt***

Durch den FB 23 wurde trotz laufenden Förderverfahrens der Verkauf des Grundstückes betrieben. Der Ablauf der daraus resultierenden Fristen ergab die Verzögerung des städtischen Abrisses für das Objekt Schule Gneisenauring 37. Nunmehr wird noch mit einer Abschlagsrechnung gerechnet. Es werden aber HAR in Höhe von **56** Tsd. EUR eingeschätzt.

***Neustädter Feld***

Für den Abriss des Schulgebäudes Othrichstr. 32 wird mit einem HAR in Höhe von **82** Tsd. EUR gerechnet.

Die Bewilligung für das Programmjahr liegt derzeit nur als Vorabinformation vor. Danach sollen noch 2007 165 Tsd. EUR abgearbeitet werden. Diese Abarbeitung erscheint bis zum Kassenschluss unrealistisch. Es wird eingeschätzt, dass demzufolge auch diese **165** Tsd. EUR als HAR einzuordnen sind.

Damit werden für den Stadtumbau/Aufwertung derzeit 513 Tsd. EUR als HAR 2007 eingeschätzt.

**Sanierung historischer Stadtkern (2.61513-91):**

Die nachfolgend aufgeführten Umstände, die sich auf die Kassenwirksamkeit der Haushaltsmittel 2007 auswirken, lassen derzeit die Einschätzung zu, dass mit einem HAR in Höhe von **150** Tsd. EUR zu rechnen ist:

Die vorgesehenen Mittel werden aufgrund des Baufortschrittes nicht wie geplant kassenwirksam. Die Minderausgaben sollen durch ergänzende Baumaßnahmen (Osttor mittlere Tonne, Eingang Cafe, Aussichtspodest am ehem. Gasthaus) ausgeglichen werden.

Umgestaltung Kreuzungsbereich Danzstr./Breiter Weg (Seitenbahnen)

Die vorgesehenen Mittel werden aufgrund des Vergabeverfahrens und der Koordinierung mit Maßnahmen der SWM erst im Folgejahr kassenwirksam werden.

***Elbuferpromenade***

Die ersatzweise Finanzierung von Einzelvorhaben in diesem Bereich (Ersatz für Leistungen, die über das Amt 66 aus dem Förderprogramm der Hochwasserhilfe gefördert werden) wird ebenfalls nicht mehr kassenwirksam werden.

Für das Haushaltsjahr 2007 werden insgesamt vom Stadtplanungsamt per 30.09.2007 Haushaltsausgabereste in Höhe von 955.900 EUR eingeschätzt.

Die Maßnahmen Petriförder, Haus der Romanik und Regierungsstraße, die durch das Dezernat III bewirtschaftet werden, sind 2007 abgeschlossen. Die Abrechnung der Maßnahmen gegenüber dem Fördermittelgeber erfolgt zurzeit. Die noch vorhandenen Mittel werden bis zur Anerkennung der Verwendungsnachweise (2008) gem. § 19 Abs. 1 GemHVO benötigt.

Vom Fachbereich Finanzservice wurde mit der **Anlage 3** eine Fördermitteltabelle über alle veranschlagten Einnahmen (Fördermittel) des Haushaltsjahres 2007 zusammengestellt. Der Realisierungsstand mit einer Fließquote von 33,4 % zeigt, dass per 30.09.2007 noch eine deutliche Differenz zum Plan 2007 besteht. Positiv ist zu erwähnen, dass die Bewilligungsquote der geplanten Fördermittel 2007 per 30.06.2007 bei 102,8 % liegt.

<b>Fördermittel 2007</b>	<b>Ist per 30.09.2007</b>	<b>Bewilligungsquote</b>	<b>Fließquote</b>
24.697.800 EUR	8.252.300 EUR	102,8 %	33,4 %

Die Bewilligungsbescheide für den Neubau der Außenanlagen und Umkleide- und Sanitärgebäuden liegen für den 1. und 2. Bauabschnitt vor. Für den 1. BA (Neubau von 3 Kunstrasengroßspielfeldern und eines Rasengroßspielfeldes) sind per 30.09.2007 Fördermittel in Höhe von 1.530.700 EUR geflossen und Ausgaben wurden in Höhe von 1.698.500 EUR kassenwirksam. Für den 2. Bauabschnitt wurden noch keine finanziellen Mittel kassenwirksam.

Die **Anlage 5** zeigt die Inanspruchnahme der Budgets im Vermögenshaushalt. Das unterdurchschnittliche Ergebnis in Höhe von 21 % der Inanspruchnahme der Budgets ist der bis zum 07.06.2007 bestandenen Haushaltssperre geschuldet. Die Hard- und Software wurde europaweit ausgeschrieben und mit der Rechnungslegung ist deshalb erst zum Jahreschluss zu rechnen.

Zimmermann

**Anlagen:**

Anlage 1 – Quartalseinschätzung Budgets 0 – 6 Verwaltungshaushalt

Anlage 2 – Inanspruchnahme Deckungskreise Verwaltungshaushalt

Anlage 3 – Übersicht über Fördermittel Vermögenshaushalt

Anlage 4 – Stand Mittelabfluss Vermögenshaushalt

Anlage 5 - Quartalseinschätzung Budgets 0 – 6 Vermögenshaushalt